

Chef vom Dienst:
42 800/2971 (Durchwahl)
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
Samstag 10 bis 17 Uhr,
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
übrige Zeit: Tonband

rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

Verlags- und Druckerei: R. Rothaus, 1082 Wien, Reduktion: Rothaus,
3 Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240 Chefredakteur Fred Vavrousek, Verlags- und Herstellungsort Wien.
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 29. Februar 1988

Blatt 344

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Politik:

Mayr weist den ÖVP-Vorschlag für Energiesteuer zurück (349/FS: 28.2.)

Kommunal/Lokal:

Entsorgungssicherheit bei Skolnik-Fabriksabbruch gewährleistet (345/FS: 26.2.)

Wiener Spitäler: Strafe für richtiges gesundheitspolitisches Verhalten (346/FS: 27.2.)

Kunst im Geriatriischen Tageszentrum (347/FS: 27.2.)

Musik-aktiv — Schüler musizieren (347/FS: 28.2.)

Schnee, Schnee, Schnee ... (348/FS: 27.2.)

Der Wintereinbruch am Wochenende (348/FS: 28.2.)

„39 A“ fährt wegen Kanalbau kürzer (350)

Fütterungsverbot von Wasservögeln (351)

Stacher kündigt „Methadon-Paß“ an (352)

Wiener Gemeinderat (353-363)

Jiddische Lieder im Historischen Museum (nur FS/28.2.)

Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

Entsorgungssicherheit bei Skolnik-Fabriksabbruch gewährleistet

Wien, 26.2. (RK-LOKAL) Beim Abbruch des Galvanikbetriebs Skolnik im 15. Bezirk ist stark kontaminierter Bauschutt angefallen, der in Österreich nicht deponiert werden darf. Es handelt sich dabei um eine Größenordnung von zumindest 50 Tonnen, das sind rund ein Prozent des gesamten Abbruch- und Aushubmaterials. Die Abbrucharbeiten werden von der MA 22 — Umweltschutz und der Umweltpolizei überwacht. Auf Veranlassung der MA 22 muß der Grundeigentümer eine fachgerechte Entsorgung gewährleisten. Die Entsorgung wird von seiten der Stadt Wien streng kontrolliert, und die Entsorgungssicherheit ist somit gewährleistet. (Schluß) du/rr

Bereits am 26. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Wiener Spitäler: Strafe für richtiges gesundheitspolitisches Verhalten

Bereits am 27. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Wien, 27.2. (RK-KOMMUNAL) Wiens Spitäler werden für ihr richtiges gesundheitspolitisches bzw. volkswirtschaftliches Verhalten bestraft. Dies erklärte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER Samstag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“. Laut Stacher gibt es seit dem Jahre 1985 eine KRAZAF-Vereinbarung, derzufolge Krankenanstalten eine Abgeltung erhalten, wenn sie nachweisbar Pfl egetage eingespart haben. Die Höhe der Abgeltung sollte dabei entsprechend den tatsächlichen Einsparungen auf die Krankenanstalten berechnet werden.

100.000 Pfl egetage eingespart

So hat Wien, wie Stacher erklärte, in der Zeit von 1984 bis 1986 insgesamt 100.000 Pfl egetage eingespart, in Oberösterreich waren es hingegen nur 17.000 und in Salzburg nur 7.000 Pfl egetage. Was die anderen Bundesländer betrifft, so hatten diese hingegen alle einen Anstieg der Pfl egetage zu verzeichnen, und zwar: die Steiermark mit 85.000, Kärnten mit 39.000, Niederösterreich mit 29.000, Tirol mit 25.000, Vorarlberg mit 22.000 und Burgenland mit 5.000 Pfl egetagen. Dementsprechend ist aber die Gesamtsumme der Pfl egetage in Österreich gestiegen. Dies bedeutet jedoch, daß Wien somit keinen Ersatz für die „eingesparten“ 100.000 Pfl egetage bekommt.

Bonus-Malus-System gefordert

Der Gesundheitsstadtrat sprach sich daher für eine Änderung des gegenwärtig angewandten Berechnungssystems aus, weil damit all jene Bundesländer, die sich gesundheitspolitisch bzw. volkswirtschaftlich richtig verhalten, bestraft werden. Nach Meinung des Stadtrates sollten Bundesländer, die ihre Bettentage reduzieren, dafür ein Entgelt, jene die eine steigende Bettentagszahl zu verzeichnen haben, einen Abzug bekommen. Nur ein derartiges „Bonus-Malus-System“ könnte zu einem volkswirtschaftlich richtigen Verhalten beitragen, erklärte Stacher. (Schluß) zi/gg

Kunst im Geriatrischen Tageszentrum

Wien, 27.2. (RK-LOKAL) Eine Malerei- und Keramikausstellung präsentiert das Geriatrische Tageszentrum „Ingrid Leodolter“ im 7. Bezirk, Apolllogasse 19 im Pflegezentrum Sophienspital. Hergestellt wurden die Arbeiten, die Montag bis Freitag jeweils von 9 bis 15 Uhr zu besichtigen sind, von Besucherinnen und Besuchern des Tageszentrums. Die Ausstellung ist bis 4. März geöffnet. (Schluß) jel/rr

Bereits am 27. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Musik aktiv - Schüler musizieren

Wien, 28.2. (RK-LOKAL) Chöre aus 82 Wiener Schulen beteiligen sich heuer an der Aktion „Musik aktiv“, die das Wiener Landesjugendreferat (MA 13) und der Wiener Stadtschulrat veranstalten. Am 29. Februar und am 1. und 2. März gastieren die Schüler mit ihren Musikprogrammen im Haus der Begegnung Rudolfsheim, 15, Schwendergasse 41. Am 3. und 4. März wird im Haus der Begegnung Floridsdorf, 21, Angererstraße 14, musiziert.

Auskünfte über das Programm dieser Veranstaltungsreihe erteilt das Wiener Landesjugendreferat unter der Telefonnummer 42 800/2746 DW. (Schluß) jel/gg

Bereits am 28. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Schnee, Schnee, Schnee ...

Wien, 27.2. (RK-LOKAL) Bis Samstag Mittag sind in der Bundeshauptstadt rund 50 Zentimeter Neuschnee gefallen. Angesichts der Schneeverhältnisse erneuerte Wiens Bürgermeister Dr. Helmut ZILK seinen Appell an die Hausbesitzer und an die Hausbesorger, im Interesse vor allem der älteren Mitbürger, ihren Verpflichtungen zur Räumung der Gehsteige nachzukommen.

Der Winterdienst ist im Großeinsatz. In der Nacht zum Samstag hatte die MA 48 rund 550 „Schneeschaufler“ mit 340 Fahrzeugen im Einsatz. Seit den Morgenstunden sind mehr als 2200 „Schneeschaufler“ unterwegs, dazu kommen noch rund 400 Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe.

Bundesheer hilft aus

Nach Rücksprache von Landeshauptmann Dr. Zilk mit dem Wiener Militärkommandanten, Divisionär MAJCEN, hilft nun auch das Bundesheer beim Schneeräumen. Seit den Mittagstunden sind 100 Soldaten im Winterdienst verteilt über das ganze Stadtgebiet im Einsatz. (Schluß) fk/bs

Der Wintereinbruch am Wochenende

Wien, 28.2. (RK-KOMMUNAL) Der Wintereinbruch zum Wochenende brachte für Feuerwehr und den Winterdienst der MA 48 einen Großeinsatz; Allein am Samstag mußte die Feuerwehr 135mal Hilfeleistungen durchführen, 57 Einsätze waren zur Entfernung von Dachlawinen notwendig, 37 Verkehrshindernisse mußten entfernt werden. Der Winterdienst der MA 48 hatte in der Nacht zum Sonntag 1.700 Mann im Einsatz. Am Sonntag selbst wurden 2.700 „Schneeschaufler“ mit 300 Fahrzeugen beschäftigt. Die „Tagschicht“ des Winterdienstes begann am Sonntag erstmals um 3 Uhr früh, um für den Frühverkehr im Wiener Straßennetz die nötige „Verkehrssicherheit“ sicherzustellen. (Schluß) fk/bs

Bereits am 27. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Bereits am 28. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

Mayr weist den ÖVP-Vorschlag für Energiesteuer zurück

Replik auf die ORF-Pressestunde mit Vizekanzler Mock

Wien, 28.2. (RK-POLITIK) Vizekanzler Dr. Alois Mock hat sich in der Sonntag-Pressestunde des ORF dreimal auf einen angeblichen Vorschlag von Wiens Vizebürgermeister Hans Mayr über die Einführung einer Energiesteuer berufen. Dazu stellt Vizebürgermeister Hans MAYR gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest: „Der Vorschlag einer Energiesteuer in der jetzigen Situation wurde von der ÖVP gemacht, der seinerzeitige Vorschlag von mir hatte das Ziel, die Energiepreise in ganz Österreich auf das gleiche Niveau zu bringen. Die Volkspartei schlägt nun das genaue Gegenteil vor; sie will jene Bundesländer belasten, deren Stromerzeugung auf thermischen Kraftwerken beruht und die bereits jetzt höhere Energiekosten hinzunehmen haben. Diese Differenz würde durch den jetzigen Vorschlag der ÖVP noch größer werden.

Wenn Mock daher den Vorschlag über die Einführung einer Energiesteuer macht, dann sollte er auch den politischen Mut besitzen, diesen Vorschlag selbst zu vertreten und sich nicht auf einen Vorschlag berufen, der genau die entgegengesetzte Zielsetzung hatte als sein gegenwärtiger“, schloß Mayr. (Schluß) red/bs

Bereits am 28. Februar 1988
über Fernschreiber ausgesendet!

„39A“ fährt wegen Kanalbau kürzer

Wien, 29.2. (RK-LOKAL) Im Bereich Sieveringer Straße/Agnesgasse werden Kanalbauarbeiten durchgeführt, die zwei bis drei Monate dauern werden. Die Autobuslinie „39A“ verkehrt deshalb ab Mittwoch, den 2. März, nur zwischen der U-Bahn-Station Heiligenstadt und Fröschelgasse. Die Haltestelle Fröschelgasse in Fahrtrichtung Sievering sowie die End- und Anfangstation Sievering werden auf Dauer der Bauarbeiten aufgelassen.

In der Fröschelgasse Nr. 20 wird eine provisorische Endstation eingerichtet. Die Anfangstation befindet sich bei der Haltestelle Fröschelgasse in Fahrtrichtung Heiligenstadt. (Schluß) roh/rr

Fütterungsverbot von Wasservögeln

Wien, 29.2. (RK-KOMMUNAL) Morgen, Dienstag, tritt eine Verordnung des Magistrats der Stadt Wien in Kraft, wonach das Füttern von Wasservögeln an der Alten Donau einschließlich des Kaiserwassers in der Zeit vom 1. März bis 1. November verboten ist.

Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL appelliert aus ökologischen Gründen an die Bevölkerung, sich an das Fütterungsverbot zu halten, das im Einklang mit den Ansichten von Fachwissenschaftlern steht. Man möchte damit den Vögeln kein Leid antun, sondern mit dieser Maßnahme für natürliche und nicht künstliche Populationsgrößen sorgen. (Schluß) du/bs

Stacher kündigt „Methadon-Paß“ an

Aber nur auf freiwilliger Basis

Wien, 29.2. (RK-KOMMUNAL) Die Herausgabe eines persönlichen „Methadon-Passes“ für jene Patienten, die die Ersatzdroge Methadon einnehmen, kündigte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER Montag vormittag an. Dieser Paß, ähnlich wie ihn auch manche Zuckerkrankke bei sich tragen, soll die für die Behandlung wichtigen Angaben enthalten und auf freiwilliger Basis vom Patienten selbst verwahrt werden. Bei einem Therapiewechsel wären so rasch die wichtigsten Angaben ersichtlich. Um Doppelgleisigkeit und Überdosierungen zu vermeiden, sollten diejenigen Therapiestellen, die Methadon ausgeben, mit Zustimmung der Patienten in einer der Stellen eine gemeinsame Liste solcher Pässe führen.

Eine zentrale Ausgabestelle lehnen viele Experten als bloße „Methadon-Tankstelle“ ab, da neben der Methadon-Ausgabe noch andere Betreuungshilfen für die Patienten notwendig sind und diese von einer einzigen Zentrale nicht sinnvoll geleistet werden können.

Der Methadon-Paß soll von der Wiener Beratungsstelle für Suchtkrankenhilfe aufgelegt werden. Diese Stelle ist keine Behörde und unterliegt nicht der Meldepflicht. Stacher warnte vor übertriebenen Erwartungen, die an die Ersatzdroge Methadon gestellt werden.

Methadon kann den Süchtigen nicht heilen und ist für viele Patienten kein geeignetes Medikament. Auch kann die gleichzeitige Einnahme von Methadon mit anderen Suchtgiften lebensgefährlich sein, warnte Stacher. Nur eine Vielzahl verschiedener Behandlungsmöglichkeiten und die gleichzeitige soziale Rehabilitation können dazu beitragen, daß möglichst viele Süchtige „zurückkehren“ können, sagte der Gesundheitsstadtrat. (Schluß) sc/rr

Wiener Gemeinderat

Fragestunde

Wien, 29.2. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Gemeinderates unter dem Vorsitz von GR. LUSTIG (SPÖ) begann mit einer Fragestunde.

GR. PROCHASKA (ÖVP) wollte in der ERSTEN ANFRAGE wissen, ob das Kontrollamt im Zusammenhang mit der Scheckaffäre von Ex-Stadtrat Braun mit einer Prüfung des Berufsförderungsinstitutes beauftragt werden wird, da es auch Subventionen von der Stadt Wien erhält. Bürgermeister Dr. ZILK antwortete, die Subventionen würden nicht für die allgemeine Vereinstätigkeit, sondern für in Wien erbrachte Leistungen gewährt. Obwohl das Kontrollamt für eine Überprüfung dieses Instituts nicht die Kompetenz hätte, liegt die Zustimmung des BFI für eine Kontrolle vor. Da aber derzeit die Wirtschaftspolizei ohnedies Untersuchungen durchführt, wird das Kontrollamt diese abwarten und bei Bedarf eigene Überprüfungen anschließen. Er, Zilk, nehme die Entscheidung des Kontrollamts hinsichtlich des allfälligen Tätigwerdens nach der Wirtschaftspolizei zur Kenntnis und bleibe bei seiner auch von der ÖVP geteilten Ansicht, das Kontrollamt selbständig entscheiden zu lassen, wann es tätig werden wolle. Das gelte auch im Zusammenhang mit der Frage, warum das BFI für ein und dasselbe Projekt zweimal subventioniert wurde.

In der ZWEITEN ANFRAGE erkundigte sich GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), wann er dem Gemeinderat konkrete Vorschläge über die künftige Nutzung des Areals des alten Allgemeinen Krankenhauses machen werde, nachdem er die Schenkung der Gründe an den Bund bereits im Februar 1987 angekündigt habe, antwortete Bürgermeister Dr. ZILK, daß nun der Bund am Zug sei und die Stadt Wien grundsätzliche Forderungen hinsichtlich der künftigen Nutzung erhoben hat. Die von der ÖVP in einem Wettbewerb gewonnen Erkenntnisse über die Ziele der künftigen Nutzung entsprächen durchaus den Forderungen der Stadt Wien anlässlich der Schenkung. Die Stadt Wien habe die von der ÖVP gesammelten Bürgervorschläge dem dafür zuständigen Wissenschaftsminister übermittelt und erwarte, daß jetzt auch die ÖVP in dieser Richtung aktiv werde. Für die Errichtung von Vorhaben in diesem Bereich sei ausschließlich der Bund zuständig, wenn sich auch die Stadt Wien Möglichkeiten zum Eingreifen offenhalten werde, sollte dies notwendig sein. Das AKH-Areal zum Gegenstand von Grundstückstauschen mit dem Bund zu machen, sei nicht vorgesehen, doch sei dabei noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. PRINZ (FPÖ), nach welcher Rechtsgrundlage einem Gemeinderat die Besichtigung von Pensionistenklubs verwehrt werde, erklärte Vizebürgermeister SMEJKAL (SPÖ), die Pensionistenklubs gehören in den Wirkungsbereich der Bezirksvorsteher. Sie ersuche daher, sich wegen eines beabsichtigten Besuches mit dem Bezirksvorsteher in Verbindung zu setzen. In den Pensionistenklubs herrsche eine angenehme und geschützte Atmosphäre, die durch unangemeldete Besuche gestört werden könne.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. STOCKINGER (SPÖ), welches Ergebnis das Expertengespräch zur Instandsetzung der Rauchgaswäsche im Fernheizwerk Spittelau gebracht habe, sagte Energiestadtrat HATZL (SPÖ), dieses Expertengespräch sei eine wesentliche Entscheidungshilfe gewesen. Die international anerkannten Experten hätten sich für das Projekt der Firma Simmering-Graz-Pauker AG ausgesprochen. Deren Vorschlag werde nun von der HBW realisiert. Die Expertenkommission sei einstimmig zu diesem Entschluß gekommen.

Die Wiener E-Werke werden ihre Umweltschutzmaßnahmen auch im heurigen Jahr intensiv fortsetzen, erklärte Energiestadtrat Hatzl auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. KAMMERER (SPÖ). Ein Schwerpunkt im

heurigen Jahr sei das Kraftwerk Donaustadt. Gegenüber 1980 konnte der SO_2 -Ausstoß um 85 Prozent gesenkt werden. Der Aufwand für Umweltschutzmaßnahmen betrage rund ein Viertel der Errichtungskosten der Energieerneuerungsanlagen.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. STRATIL (ÖVP), was die maßgeblichen Gründe dafür waren, daß die Wiener E-Werke den Preis für den Strombezug der Wiener Verkehrsbetriebe laut Wirtschaftsplan 1988 um rund 43 Prozent gesenkt haben, antwortete Stadtrat HATZL, daß es keine derartige Senkung gegeben habe. Vielmehr handle es sich offensichtlich um ein Mißverständnis, da es hierbei um die Frage des Traktionsstromes der Wiener Verkehrsbetriebe gehe. Auf die Zusatzfrage, weshalb eine entsprechende Rechnungshofkritik bereits im Jahr 1972 an diesem niedrigen Strompreis ohne Konsequenzen blieb, sagte StR. Hatzl, daß der Preis für diesen Traktionsstrom auf ein einvernehmliches Abkommen aus den Jahren 1947/48 zurückgehe.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. GINTERSDORFER (FPÖ), welche Schritte das Kulturamt der Stadt Wien gesetzt habe, um die Demolierung der von Architekt Prof. Hans Hollein geschaffenen Innenarchitektur des Verkehrsbüros am Opernring zu verhindern, sagte Stadtrat Dr. PASTERK, daß für die Erhaltung dieser Architektur eine Unterschutzstellung durch das Bundesdenkmalamt erforderlich gewesen wäre. Auf die Zusatzfrage, was man dennoch zur Rettung der Reste dieser Architektur unternehmen könne, sagte StR. Dr. Pasterk, daß sie im Einvernehmen mit dem Bürgermeister eine Wiedergutmachung verlangt habe und alles tun werde, um gemeinsam mit dem Architekten diese Architektur an einem anderen Ort wieder herzustellen.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Dr. STEYRER (SPÖ), welche Einrichtungen beziehungsweise Therapiemöglichkeiten es in Wien für Alkoholiker und Drogenabhängige gebe, sagte Stadtrat Dr. STACHER, daß es für Alkoholiker eine Reihe ambulanter und stationärer Einrichtungen gebe, wobei vor allem die Qualität der Institute und eine gute Nachbehandlung für den Erfolg der Behandlung entscheidend seien. Für Drogenabhängige gibt es zahlreiche vorbereitende, stationäre, ambulante und nachbereitende Behandlungsmöglichkeiten öffentlicher und privater Einrichtungen, wobei eine unbürokratische Inanspruchnahme und eine Koordination sichergestellt ist. Auf die Zusatzfrage, wie die Tendenz dieser Krankheiten insgesamt aussehe, sagte StR. Stacher, daß die Verwendung harter Drogen und die Zahl von Alkoholkranken stagniere. Allerdings nehme die Verwendung leichter und legaler Drogen besonders bei der jüngeren Generation zu. Auf eine zweite Zusatzfrage antwortete StR. Stacher, daß über die Verwendung von Methadon bei AIDS-Erkrankungen noch Uneinigkeit unter Fachleuten bestehe. Für eine kontrollierbare Verwendung regte Stacher die Ausstellung eines „Methadon-Passes“ für Verwender an.

Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) über die Vorkehrungen der Stadt Wien, um den zu erwartenden Andrang von obdachlosen Haftentlassenen ab 1. März 1988 zu bewältigen, sagte Vizebürgermeister Ingrid SMEJKAL, daß die Hilfe für diese Personengruppe in erster Linie Angelegenheit des Bundes beziehungsweise der Bewährungshilfe und der Zentralstelle für Haftentlassene sei. Die Kosten für die Unterbringung von haftentlassenen Obdachlosen werden in angemessenem und vereinbartem Ausmaß von der MA 12 — Sozialamt übernommen. Wie bisher werde man in dringenden Fällen auch aus den Bundesländern stammende Haftentlassene unterstützen, erwarte sich jedoch auch Hilfeleistungen durch die Bundesländer. Nach einer „Ersten Hilfe“ im Sozialreferat für Nichtseßhafte würden die Obdachlosen von den zuständigen Bezirkssozialämtern weiter betreut. Bewährt habe sich das Tageszentrum für Nichtseßhafte im 2. Bezirk. Ziel der Betreuung sei es vor allem, die Wohn- und Arbeitsfähigkeit dieser Menschen wieder herzustellen.

Forts. von Blatt 353

Forts. auf Blatt 355

Die ZEHNTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) über die Verbauung des Platzes des Wiener Eislaufvereines sagte StR. SALLABERGER, im Jänner 1987 sei von der Firma IMMORENT ein Bauansuchen zur Verbauung des Grundstückes gestellt worden. Das Projekt sei dem Fachbeirat vorgelegt und negativ begutachtet worden. Wesentliche Überarbeitungen seien notwendig, sagte Sallaberger. Derzeit sei eine Bausperre über dieses Gebiet verhängt. Sallaberger regte einen städtebaulichen Wettbewerb an.

Gürtel, Süd- und Westeinfahrt

GR. GUTMANNBAUER (SPÖ) stellte den ANTRAG, daß der im Jahr 1986 zwischen der Stadt Wien und der Wiener Bundesstraßengesellschaft abgeschlossene Vertrag über die Planungsarbeiten für den Gürtel und für die Süd- und Westeinfahrt bis 30. Juni 1988 verlängert werden solle.

Die Vertragsverlängerung wird erforderlich, da sich die ursprünglich bis Ende 1987 vorgesehene Vorlage der Planungsergebnisse verzögert hat.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) sprach sich für die Verlängerung des Übereinkommens aus und betonte, daß dieses Übereinkommen die Mitwirkung der Stadt Wien an der Planungsarbeit der Bundesstraßengesellschaft sicherstelle. Pawkowicz kritisierte, daß in anderen Bereichen der Bund die berechtigten Wiener Interessen oft nicht zur Kenntnis nehme. Als Beispiel führte er u. a. den Zubau zum Rechnungshof, den Streit um die Roßauer Kaserne und die ungeklärte Situation des Messopalastes an. Um zu vermeiden, daß der Bund viele Millionen Schilling Steuergelder in Wien fehlinvestiere, habe daher die FPÖ dem Übereinkommen zwischen Stadt Wien und Bundesstraßengesellschaft zugestimmt. Pawkowicz regte an, daß nach Vorlage der Planungsergebnisse der zuständige Ausschuß und die hauptamtlichen Stadtplaner in einer Klausur die Ergebnisse eingehend diskutieren mögen.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) kündigte an, daß die ÖVP der Vertragsverlängerung nicht zustimmen werde, da sie auch seinerzeit dem Grundsatzbeschluß ihre Zustimmung verweigert hat. Mayr räumte der Gürtelkommission zwar ein, sich sehr bemüht zu haben, vertrat aber die Ansicht, daß die in Pressemeldungen veröffentlichten Grundsätze teilweise eher banal seien. Viele derzeit bekannten Überlegungen zur Neugestaltung des Gürtels seien sinnvoll, in anderen Bereichen gebe es eine Reihe offener Fragen. Auch wies Mayr darauf hin, daß ein möglicher Zentralbahnhof Auswirkungen auf den Gürtel haben werde.

Zum Donauraum bemerkte Mayr, daß über die Ergebnisse der Donauraumkommission weitgehend Konsens herrsche, eine Fülle von Punkten müsse man aber noch untersuchen und prüfen. Dann solle eine Volksbefragung stattfinden. Zur Weltausstellung kritisierte Mayr, daß man die Frage des Standortes offenbar für wichtiger halte als die Frage des Themas, obwohl verschiedene Themen ja verschiedene Standorte bedingen. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, ein Weltausstellungsthema zu finden, das auch 1995 noch international attraktiv ist. Abschließend sprach sich Mayr für eine stärkere Einbindung der Bevölkerung bei der Stadtplanung aus.

GR. OBLASSER (SPÖ) zeigte sich überrascht von der Tatsache, daß die Vertragsverlängerung überhaupt Gegenstand einer Debatte sei. Er halte es auch nicht für sinnvoll, über Presseunterlagen zu diskutieren. StR. Sallaberger habe ja bereits angekündigt, daß nach Abschluß der Projektplanung im Gemeinderat umfassend diskutiert werde.

Bei der Gürtelplanung gehe es für Wien um eine Verbesserung der Verkehrssituation und um mehr Lebensqualität für die Anrainer. Die Bedenken der ÖVP bezüglich der Effektivität der Bundesstraßengesellschaft

Forts. von Blatt 354

Forts. auf Blatt 356

Forts. von Blatt 355

sowie des Mitspracherechts der Stadt Wien seien völlig unbegründet. Es sei unbestritten, daß die Gürtelkommission lediglich Empfehlungen geben werde, entscheiden werde aber selbstverständlich der Wiener Gemeinderat.

Oblasser betonte, daß die Bundesstraßen AG durchaus in der Lage sei, ordentlich und zeitgerecht die ihr übertragenen Aufgaben zu erfüllen. Zum Beweis dafür nannte er die A 22, bei der die Bauarbeiten zügig vorangehen.

Zur Frage der Finanzierung der Gürtelneugestaltung habe es bereits Gespräche mit dem zuständigen Bundesminister gegeben, die günstig verlaufen seien. Abschließend meinte Oblasser, daß sich der zur Debatte stehende Vertrag bewährt habe, daß er für Wien von Vorteil sei und daß der Gemeinderat gut beraten sei, wenn er der Vertragsverlängerung zustimmt.

GR. PRINZ (FPÖ) kritisierte, daß wichtige große Zusammenhänge nicht berücksichtigt würden. So habe zum Beispiel die städtische Wasserbauabteilung Überlegungen eingeleitet, wie der Hochwasserschutz beim Wienfluß gewährleistet werden könne. Die Gürtelplaner hätten von dieser Aktivität, die unmittelbar ihren Aufgabenbereich tangiert, keine Kenntnis erhalten. Entscheidungen dürften erst dann getroffen werden, wenn alle Grundlagen dafür vorliegen.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) meinte, die Gürtelplanung hänge eng mit einem möglichen neuen Zentralbahnhof zusammen. Dieses Thema sei auch schon im Rahmen des Donauraum-Wettbewerbs behandelt worden. Beim Donauraum dürfe nicht die Entscheidung zugunsten eines Kraftwerks einziges Ergebnis sein. Wichtige Fragen im Zusammenhang mit Stadtplanung und Stadtentwicklung seien nicht zu einem abschließenden Ergebnis gebracht worden. Viele Befürchtungen der ÖVP, wie Zeitdruck, Gestaltung der Wettbewerbstufen und mangelnde Internationalität bei der Ausschreibung, hätten sich erfüllt. Jetzt aber sollten die guten Wettbewerbsergebnisse genutzt werden. Vielleicht sollte es weitere, kleinere Wettbewerbe geben. Die Wettbewerbsergebnisse seien vielfach noch bruchstückhaft. Auch beim möglichen Kraftwerk seien entscheidende Vorfragen noch unbeantwortet. In einem ANTRAG verlangte Dr. Hawlik „im Sinne einer geordneten Stadtplanung und Stadtentwicklung“: Weiterbearbeitung der Ergebnisse „Chancen für den Donauraum“; Abschluß der noch ausstehenden Studien und Planungen so, daß die Übersicht über die großen Zusammenhänge erhalten bleibt; Erstellung von Gestaltungskonzepten mit möglichen Entwicklungsvarianten und Diskussion mit der Bevölkerung; Diskussion und Beschlußfassung über die politischen Grundsätze und Leitlinien der zukünftigen Planungen und deren Realisierungen im Rahmen einer eigenen Gemeinderatssitzung; Durchführung einer Volksabstimmung oder Volksbefragung nach Vorliegen aller Entscheidungsgrundlagen. Hinsichtlich der Staustufe Wien sollten die noch fehlenden Gutachten vorgelegt werden; es soll eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung geben; der ressortübergreifende Arbeitskreis Staustufe Wien soll wieder eingesetzt werden, und schließlich wäre die energiepolitische Notwendigkeit des Kraftwerksbaues nachzuweisen. Abschließend bekannte sich Dr. Hawlik zu einem gemeinsamen Vorgehen „mit kühlem Kopf“.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) stellte die Instrumentarien der Stadtplanung in Frage. Viele Gremien befaßten sich mit identen Fragen, wie der Planungsausschuß, der Wohnbau- und Stadterneuerungsausschuß, der Stadterneuerungsfonds, die Stadtentwicklungskommission und deren Unterausschüsse. Die Dezentralisierung mache die Planung effizienter, doch zugleich die Entscheidungsvorgänge schwieriger. Großprojekte stünden im engen Zusammenhang mit der Erstellung und Berücksichtigung von Bezirksentwicklungskonzepten, und es sei zu überlegen, wie die einzelnen Elemente zusammengeführt werden könnten. Die Planung solle nicht tagespolitischen Entscheidungen nachhängen. Ausgehend von der Fest

Forts. auf Blatt 357

stellung, daß der Donauraum-Wettbewerb zum Teil auch Ergebnisse erbracht habe, die nicht im Einklang mit dem Stadtentwicklungsplan stehen, erklärte Petrik, es solle ein Modell entstehen, das tagespolitische Entscheidungen möglich macht und innovativer Planung im Sinne der Bezirksentwicklungsplanung Spielraum läßt.

GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) zeigte sich enttäuscht über den Verlauf der Debatte. Die ÖVP habe erst am vergangenen Freitag kritisiert, daß Planungsstadtrat Sallaberger im März oder April dem Gemeinderat eine Mitteilung machen wolle, daß dieser Termin zu früh sei. Und nun werde bereits heute über diese Planungsaufgaben diskutiert, weil die ÖVP offensichtlich daraus politisches Kapital schlagen wolle. Das „Wiener Modell“ der Planung hätte in aller Welt Anerkennung gefunden. Es geht darum, mit Hilfe von Fachleuten Unterlagen zu erarbeiten. Die Jury habe lediglich zu bewerten, die Entscheidung über Planungsfragen sei eine politische Aufgabe. Die Staustufe werde nun von der Volkspartei zum Zankapfel gemacht, das wäre nicht nötig.

Die Planung müsse das Ganze sehen, betonte GR. FÜRST (ÖVP). Er kritisierte die Art und Weise der Stadtentwicklungspolitik. Die Planung müsse, außer Analysen zu machen auch den Bürger miteinbeziehen. Bis heute habe es keine Koordination der Gürtelplanungskommission mit den Bedürfnissen der Floridsdorfer gegeben. Fürst nannte als Beispiele die Frage der Verlängerung der U 6 nach Floridsdorf und der U 1 nach Leopoldau. Mehrere Planungen laufen nebeneinander, kritisierte Fürst, und beklagte die mangelnde Bürgermitbestimmung. Es müsse möglich sein, die einzelnen Planungsschritte zu vernetzen und nicht nur Schlagworte anzubieten. Fürst appellierte, künftig die Planung besser zu koordinieren und zu vernetzen und der Bevölkerung eine echte Mitsprachemöglichkeit einzuräumen.

GR. Dr. MAYR (ÖVP) kritisierte, daß es für den Europaplatz keinen adäquaten Planungsprozeß gegeben habe, was angesichts der Gesamtkosten von 1,1 Milliarden Schilling nicht zu vertreten sei. Mayr kritisierte auch, daß im Zuge der Gürtelplanung eine langfristige Zurücknahme der Baufluchtlinie vorgesehen sei, wodurch keine geförderte Wohnhaussanierung möglich oder sinnvoll wird. Dies sei gegen die Interessen der Stadterneuerung gerichtet, meinte Mayr.

Stadtrat SALLABERGER (SPÖ) zeigte sich zufrieden, daß in weiten Bereichen eine einhellige Meinung herrsche und daß diese Grundsatzdebatte im Gemeinderat, der ja zur Entscheidung berufen ist, geführt wird, denn Expertenmeinungen können nur Empfehlungen sein. Im Zusammenhang mit dem Knoten Gaudenzdorf, stellte Sallaberger fest, daß dies ein Projekt sei, über das in der Gürtelkommission Einmütigkeit bestanden habe. Gerade an diesem Beispiel soll auch bewiesen werden, daß um dieses Vorhaben herum notwendige Stadterneuerungsmaßnahmen angeregt und verwirklicht werden können. Grundsätzlich meinte Sallaberger, daß es sinnvoll ist, rechtzeitig Planungen für die Stadt anzustellen, wenn, wie das jetzt der Fall ist, auch von seiten des Bundes entsprechende Rahmen geschaffen werden. Sallaberger nannte dabei die Planung für einen Zentralbahnhof und das Beschleunigungsprogramm der Bundesbahn. Letztlich seien viele der derzeitigen Planungen im Stadtentwicklungsplan zugrunde gelegt.

Seine Fraktion, erklärte GR. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP), halte eine Grundsatzdebatte für positiv. Es gebe zahlreiche ungelöste Fragen. Die Bürgerbeteiligung komme bei diesem Planungsprozeß zu kurz. Man entferne sich immer mehr vom Wissensstand der Bevölkerung. Er sei der Meinung, sagte Regler, daß einzelne Probleme, wie z.B. der geplante Zentralbahnhof vor einer allgemeinen Diskussion geklärt werden müßten. Schließlich gelte es, danach die Erschließung der Straßen bzw. den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel auszurichten.

Forts. von Blatt 356

Forts. auf Blatt 358

GR. Dr. SWOBODA (SPÖ) kritisierte Verallgemeinerungen im Zusammenhang mit Tunnelbauten im Bereich Gaudenzdorf-Margareten und Europaplatz. Im Bereich Gaudenzdorfer Gürtel sprächen spezifische Ursachen, wie, daß dies ein typischer Wohnbereich sei und daß die dort zahlreichen Grünflächen aufgrund des Verkehrsaufkommens nicht optimal genutzt werden könnten, für die Errichtung eines Tunnels. Am Europaplatz stelle sich die Situation grundlegend anders dar. Seine Fraktion, sagte Swoboda, werde der Empfehlung der Gürtelkommission, die diese Gegebenheiten geprüft habe, folgen.

Swoboda kritisierte die Vorgangsweise der ÖVP bei der heutigen Debatte. Man habe der Opposition eine umfangreiche Möglichkeit zur Diskussion geboten, die für März geplant war, diese sei aber mit der Begründung, sie sei zu diesem Zeitpunkt zu früh, von der ÖVP abgelehnt worden.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) wies die Kritik von Klubobmann Dr. Swoboda an der von der ÖVP gewählten Vorgangsweise im Gemeinderat zurück. Er kritisierte seinerseits, daß zu einem früheren Zeitpunkt der damalige Planungsstadtrat Hofmann die Ergebnisse der Gürtelkommission nicht einmal dem zuständigen Ausschuß zugänglich gemacht hätte. Daher vertrete er den Standpunkt, daß Skepsis durchaus angebracht sei. Immer wieder komme es seiner Meinung nach bei Planungsvorhaben auch zu falschen Lösungen, weshalb eine ehrliche Diskussion über Sachfragen wichtig sei.

Der Berichterstatter GR. GUTMANNBAUER (SPÖ) empfahl, den von der ÖVP eingebrachten Antrag abzulehnen und der Verlängerung des Übereinkommens zwischen Stadt Wien und Bundesstraßen AG die Zustimmung zu erteilen.

ABSTIMMUNG: Der Verlängerung des Übereinkommens wurde mit den Stimmen der FPÖ und SPÖ zugestimmt, der Antrag der ÖVP mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt.

Flächenwidmungsänderung Hohe Warte

GR. SEVCIK (SPÖ) stellte den Antrag auf Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Hohe Warte/Gallmeyergasse/Heiligenstädter Straße und Barawitzkagasse.

GR. PRINZ (FPÖ) bedauerte in seiner Wortmeldung, daß die Stadt Wien das Hohe-Warte-Bad nicht renoviert und so der Bevölkerung erhalten habe. Das auf diesem Areal nunmehr vorgesehene Pensionistenheim hätte in diesem Fall nach Ansicht seiner Fraktion durchaus auf den Bendsdorf-Gründen errichtet werden können. Das wäre auch verkehrstechnisch von Vorteil gewesen. Durch die Errichtung eines Gemeindefamilienhauses auf den Bendsdorf-Gründen bestünde nämlich die Gefahr, daß das damit verbundene Verkehrsaufkommen kaum zu bewältigen wäre. Prinz vertrat weiters den Standpunkt, daß für das geplante Pensionistenheim auf dem Areal des ehemaligen Hohe-Warte-Bades ein Wettbewerb veranstaltet werden sollte. Es sei ihm unverständlich, daß Stadtplanung hier offensichtlich nicht von Planungsfachleuten, sondern vom Kuratorium Wiener Pensionistenheime gemacht werde.

GR. GUTMANNBAUER (SPÖ) verwies auf das Bäderkonzept von 1968 und kündigte an, daß das neue Sommerbad nächsten Sommer fertiggestellt werde. Er unterstrich die Bedeutung des neuen Pensionistenheimes, zumal im Bezirk Döbling derzeit Wartezeiten von mehr als 10 Jahren bestünden. Bei der Planung sei es vor allem wichtig, daß hier ein Architekt tätig werde, der einschlägige Erfahrungen mit diesem speziellen Bereich habe. Zur Frage des Baumbestandes verwies Gutmannsbauer darauf, daß nach seinen Informationen nur drei bis vier Bäume gefällt werden müßten. Der zuständige Gemeinderatsausschuß habe übrigens anhand einer Fotomontage eine Reduktion um ein Geschoß erwirkt, der Fachbeirat war

Forts. von Blatt 357

Forts. auf Blatt 359

mit der Angelegenheit befaßt und werde auch in das Planungsstadium des Bauvorhabens eingebunden. Gutmannsbauer ersuchte im Interesse der Wiener Pensionisten um Zustimmung zum vorliegenden Antrag.

Der Berichterstatter GR. SEVCIK (SPÖ) verwies darauf, daß es zum gegenständlichen Vorhaben einen einstimmigen Beschluß der Bezirksvertretung Döbling gebe. Für das zu errichtende Pensionistenheim gebe es bereits 800 Anmeldungen, bezüglich des Baumbestandes versicherte Sevcik, daß 400 Bäume erhalten bleiben.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Elternbeiträge für Kindergärten

GR. Ilse FORSTER (SPÖ) beantragte eine Erhöhung der Elternbeiträge für Krippen, Kindergärten und Horte sowie die Erteilung der Ermächtigung an das Jugendamt, bei Bedarf Ermäßigungen vorzunehmen. Die Erhöhung soll am 5. September in Kraft treten.

GR. Karin LANDAUER (FPÖ) wies auf die Schwierigkeiten berufstätiger Mütter bzw. Alleinerzieher hin, weil die Betreuungszeit im Kindergarten um 17.30 Uhr ende. Dies nehme aber auf die Arbeitszeit dieser Mütter oft nicht Rücksicht. Die FPÖ forderte daher längere Betreuungszeiten im Zuge der Erhöhung der Elternbeiträge. Unbefriedigend sei auch die Urlaubsregelung bei den Kindergärten.

GR. Mag. Eva PETRIK (ÖVP) erläuterte, daß die Vollversorgung mit Kindergartenplätzen in Wien nur durch das Zusammenwirken von öffentlichen und privaten Kindergärten gewährleistet werden könne. Mit Rücksicht auf die privaten Kindergärten sei es zu begrüßen, daß auch bei den öffentlichen die Elternbeiträge erhöht werden. Das Verrechnungssystem sei jedoch zu kompliziert und müßte geändert werden. In einem ANTRAG verlangt die ÖVP, bei der nächsten Neufestsetzung der Elternbeiträge das Nettofamilieneinkommen OHNE Familienbeihilfe als Bemessungsgrundlage heranzuziehen und die Höchstbemessungsgrundlage für die Gewährung eines ermäßigten Beitrages höher anzusetzen. Mag. Petrik betonte, daß die Kindergärten eine pädagogische und Erziehungsinstitution sind und nicht nur der Beaufsichtigung der Kinder dienen. Sie widmen sich der Entfaltung der Kinder in der Gemeinschaft. Ein zu langer Aufenthalt würde die Kinder überfordern. Es sei berechtigt zu fordern, daß auch die Wirtschaft auf diese Bedürfnisse der Kinder Rücksicht nehme. Sie hoffe, sagte Mag. Petrik, daß sich auch alternative Betreuungsformen etablieren, sodaß sich die Kindergärten noch mehr der pädagogischen Aufgabe widmen können und eine Überbelastung vermieden wird.

GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ) unterstrich die Ausführungen ihrer Vorrednerin und erläuterte, daß die Kindergärten elf Stunden am Tag geöffnet sind. Längere Öffnungszeiten wären pädagogisch ungünstig und würden wegen des erhöhten Personalbedarfs bei den Kindergärtnerinnen die Kinder mit zusätzlichen Bezugspersonen konfrontieren. Die Kindergärten sollen nicht zu einer „Kindergarderobe“ werden, sagte Stubenvoll wörtlich. Sie fügte hinzu, daß der Elternbeitrag nur einen relativ geringen Anteil an der Kostendeckung dieser Institution ausmacht.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Der ÖVP-Antrag wurde einstimmig zugewiesen).

Subvention für Bezirksfestwochen

GR. STEINBACH (SPÖ) stellte den Antrag, dem Wiener Volksbildungswerk für die Bezirksfestwochen 1988 eine Subvention in der Höhe von sechs Millionen Schilling zu gewähren.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) kritisierte, daß diese Subvention bisher immer im

Forts. von Blatt 358

Forts. auf Blatt 360

Festwochenbudget enthalten gewesen sei. Man könne daher nicht von einer Einsparung bei den Festwochen selbst sprechen. Ein derartiger Vorgang sei nicht fair, dennoch stimme die Volkspartei der Subvention wegen der Bedeutung der Bezirksfestwochen zu.

GR. Gertrude STIEHL (SPÖ) bezeichnete es als eine Verwaltungsvereinfachung, daß diese Subvention künftig direkt dem Volksbildungswerk zukomme, das die Bezirksfestwochen organisiert. Sie verwies auf die große Aufgabe, für die 23 Bezirke, von denen jeder eine andere Struktur und seine eigenen Vorstellungen habe, diese Bezirksfestwochen durchzuführen. Der Erfolg gebe aber recht: Letztes Jahr konnten mehr als 220.000 Besucher gezählt werden. Fast tausend Eigenproduktionen und mehr als fünfhundert Fremdproduktionen konnten gezeigt werden.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Rückkauf eines Grundstückes

GR. Brunhilde FUCHS (SPÖ) beantragte die Änderung eines Kaufvertrages zwischen der Gemeinnützigen Wohnungsaktiengesellschaft Wohnpark Alt-Erlaa und der Stadt Wien.

GR. KIRCHNER (FPÖ) kritisierte, daß die Stadt Wien von der Wohnungsaktiengesellschaft Alt-Erlaa einen Teil jenes Grünlandes zurückkaufe, das die Stadt ursprünglich wesentlich billiger dieser Wohnungsgesellschaft verkauft habe. Damit werde dieser Wohnungsgesellschaft auf Kosten der Steuerzahler finanziell geholfen. Dies sei ein Fall für das Kontrollamt, meinte Kirchner.

GR. FUCHS (ÖVP) kritisierte ebenfalls, daß es sich hier um eine Grundstückstransaktion zum Nachteil der Steuerzahler handle.

GR. FAYMANN (SPÖ) erklärte, daß der Kaufpreis von 72,5 Millionen Schilling für dieses Grünland durch die Wohnungsgesellschaft Alt-Erlaa bei der Berechnung der Grundkostenanteile der Mieter berücksichtigt wurde. Würde nun die Stadt Wien infolge von Grundkostensteigerungen nicht wenigstens einen Teil der sogar von ihr selbst genutzten Grünflächen zurückkaufen, so würden sich die Grundkostenanteile und damit die Kosten für die Mieter beträchtlich erhöhen. Faymann appellierte, mit richtigen Zahlen zu operieren und im Interesse der Mieter dieser Änderung des Kaufvertrages zuzustimmen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Verkauf einer Liegenschaft

GR. KAMMERER (SPÖ) beantragte den Verkauf von Teilflächen einer Liegenschaft im 3. Bezirk an die Konsum Österreich Gen.m.b.H.

GR. Dr. GOLLER (ÖVP) kritisierte den zu niedrigen Verkaufspreis für das Gelände, das für Erweiterungsbauten des Konsum vorgesehen ist. Der Grundstückspreis bedeute damit eine Subvention an den Konsum.

GR. HUMMEL (SPÖ) begründete den Quadratmeterpreis von 800 Schilling mit der Tatsache, daß das Grundstück einen erheblichen Niveauunterschied zum Bauplatz des Konsums aufweise. Der Wirtschaftsförderungsfonds, sagte Hummel, habe den angegebenen Kaufpreis als für ein Böschungsgrundstück angemessen erachtet.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

Altstadterhaltung

GR. STRANGL (SPÖ) beantragte eine Subvention von rund 7,8 Millionen Schilling für die Instandsetzung einiger Althäuser.

Forts. von Blatt 359

Forts. auf Blatt 361

GR. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) wies auf den enormen Bedarf an Mitteln für die Stadterneuerung und Stadterhaltung hin. Die Erhaltung alter Bausubstanz könne aber nicht allein mit öffentlichen Mitteln bewerkstelligt werden, weshalb man sich steuerliche Vorteile verstärkt zunutze machen müsse. Aktueller Anlaß sei die derzeit in Diskussion befindliche Steuerreform. Maßnahmen im Sinne der Stadterneuerung hätten Multiplikatorwirkung für die Bauwirtschaft und die Wiener Bausubstanz. Wöber stellte gemeinsam mit den anderen Parteien einen BESCHLUSS-UND RESOLUTIONS-ANTAG auf Erhaltung der derzeitigen Abschreibungsmöglichkeiten im Rahmen des Paragraph 28 Abs. 2, Einkommenssteuergesetz („Zehntelabschreibung“), im Interesse der Stadterneuerung. Als Begründung führte Wöber die Auswirkungen einer im Rahmen der Steuerreform vorherzusehenden Verschlechterung im Einkommenssteuerrecht für die Stadterneuerung an.

Verpachtung des Kursalons

GR. Josefa TOMSIK (SPÖ) stellte den Antrag, die MA 42 (Stadtgartenamt) zu ermächtigen, einen Bestandsvertrag zur Nutzung des Kursalons als Spielbank mit der Casinos Austria AG abzuschließen.

GR. Mag. KABAS (FPÖ) vertrat die Ansicht, daß die Verpachtung des Kursalons an die Casino AG negative Auswirkungen haben werde. Es sei bedenklich, wenn ein privater Pächter von einem Monopolbetrieb hinausgedrängt werde. Gerade zu einer Zeit, in der Reprivatisierung gefordert werde, müsse man diese Vorgangsweise ablehnen, zumal der private Pächter bereit sei, jährlich um 600.000 Schilling mehr Pacht zu zahlen, als im Vertrag mit der Casino AG vorgesehen sei. Kabas äußerte den Verdacht, daß eine Aufstockung des Kursalons vorgesehen sei und kritisierte, daß weder im Ausschuß noch im Stadtsenat diesbezüglich informiert worden sei. Außerdem vertrat Kabas den Standpunkt, daß es sinnvoller sei, die Casino AG für das Ronacher zu interessieren. Kabas meinte, daß ein Spielsalon im Stadtpark die typisch wienerische Atmosphäre zerstöre. Kabas kritisierte vor allem, daß die ÖVP dem Vertrag zustimme, obwohl sich Vizekanzler Mock für den bisherigen Pächter Hübner eingesetzt habe. Aus grundsätzlichen Erwägungen sowie wegen der Ungereimtheiten im gegenständlichen Fall könne die FPÖ dem Antrag nicht zustimmen.

GR. NEUMANN (ÖVP) bekundete die grundsätzliche Zustimmung der ÖVP zu einem Pächterwechsel, verlangte aber eine getrennte Abstimmung, da einige Punkte des Vertrages nicht die Zustimmung der ÖVP finden könnten. Pächterwechsel seien übliche Vorgänge im Wirtschaftsleben. Immerhin zahle die Casino AG ein Vierfaches der bisherigen Pacht und werde 300 Millionen Schilling in die Sanierung des Kursalons investieren. Das Ambiente des Kursalons werde erhalten bleiben, es werden weiterhin Konzerte stattfinden und so das Casino eine fremdenverkehrspolitische Einrichtung ersten Ranges werden. Nicht zustimmen könne die ÖVP der geplanten Verpflichtung des neuen Pächters, Versicherungsverträge nur mit der Wiener Städtischen und der Donauversicherung abzuschließen. Dies sei ein schwerer Verstoß gegen die Fairneß und widerspreche allen Grundsätzen eines freien Wettbewerbes. Eine Etablierung eines Casinos im Ronacher sei aus Gründen des Denkmalschutzes nicht machbar. Neumann sprach sich gegen eine Aufstockung des Kursalons aus und regte an, daß bei der auf der anderen Seite des Wienflusses befindlichen Meierei ebenfalls eine Änderung des Pachtvertrages diskutiert werde. Hier solle aber ein etwaiger neuer Pächter im Zuge einer öffentlichen Ausschreibung ermittelt werden.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die derzeitige Entwicklung der Stadterneuerung optimistisch in die Zukunft blicken lasse. Diese positive Entwicklung, an der sich auch die privaten Hauseigentümer beteiligen, dürfe durch eine andere gesellschaftliche

Forts. von Blatt 360

Forts. auf Blatt 362

Entwicklung keinen Schaden erleiden, daher stimme seine Fraktion sowohl dem Beschluß- und Resolutionsantrag als auch dem vorliegenden Geschäftstück zu.

ABSTIMMUNG: Der Wiener Gemeinderat nahm sowohl den Antrag als auch den von den drei Parteien eingebrachten Beschluß- und Resolutionsantrag einstimmig an.

Bürgermeister Dr. ZILK erklärte, er bekenne sich durchaus dazu, auch Ideen politischer Gegner im Interesse der Wiener zu nutzen, wenn sie gut sind. Daher sei auch der FPÖ-Vorschlag nach Einzug der Casinos Austria AG ins Ronacher zu überlegen gewesen. Doch haben bereits vor Jahren Gespräche in dieser Richtung stattgefunden, und durchgeführte Untersuchungen zeigten der Casinos Austria AG, daß die Räumlichkeiten im Ronacher für ihre Zwecke nicht geeignet sind. Daher sei es heute nicht sinnvoll, dieses Thema nochmals zu behandeln. Die Lage des Kursalons in der Nähe großer Hotels und der Innenstadt sei günstig und die Nutzung als Casino eine Bereicherung für den 1. Bezirk. Der neue Pächter werde das neue Haus mit gewaltigen Mitteln instandsetzen und dabei auch die Wünsche von Denkmalamt und Kulturamt berücksichtigen.

GR. FREITAG (SPÖ) erklärte, es handle sich bei den Casinos um keinen Monopolbetrieb. Vielmehr würden Konzessionen vergeben. Das neue Casino soll 1990 in Betrieb gehen. Es soll keine bauliche Aufstockung geben. Vielmehr werden sich die Spielräume im ersten Stock befinden. Der Vertragsbestandteil hinsichtlich der Inanspruchnahme bestimmter Versicherungen sei durchaus üblich. Es könne auch kein Einwand gegen einen Abschluß mit der Städtischen Versicherung geben. Der Spielbetrieb werde voraussichtlich jährlich 100 Millionen Schilling in die Stadtkasse fließen lassen. Zudem werden im Casino hundert zusätzliche Arbeitsplätze mit hochqualifizierten Mitarbeitern geschaffen. Die Casinos Austria haben sich international einen guten Ruf erwerben können.

ABSTIMMUNG: Die Abstimmung erfolgte getrennt. Der Vertrag ohne die Klausel über die Versicherungen wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen, diese Klausel nur mit jenen der SPÖ.

Gaspreissenkung

StR. HATZL (SPÖ) stellte den Antrag auf Reduzierung des Gaspreises ab 1. April befristet bis 31.12.1988 um 12 Groschen pro Kubikmeter, das sind rund 2,75 Prozent.

Die FPÖ werde dem zustimmen, sagte GR. ZEIHSEL (FPÖ). Er habe allerdings den Eindruck, daß die Tarifsenkung zu spät und zu gering sei. Er wundere sich über die ÖVP, die auf Bundesebene eine Energieabgabe anstrebe. Da gerade in Wien fast die Hälfte des Stromes kalorisch erzeugt werde, würde sich dies negativ auf den Strompreis auswirken und zu einer weiteren Verzerrung des West-Ost-Gefälles führen.

Die ÖVP habe schon seit langem eine Senkung des Gastarifes gefordert, sagte GR. NETTIG (ÖVP). Der jetzige Antrag auf Senkung komme zu spät und sei zu gering. Die ÖVP trete für eine Senkung von 10 Prozent ein. Sobald die jetzige Senkung in Kraft trete, sei die Heizperiode vorbei, obwohl gerade im ersten Quartal fast die Hälfte des Jahresverbrauches registriert werde. Die Kalkulation des Gastarifes müsse offengelegt werden, es seien sicher weitere Kostensenkungen ohne Qualitätsverlust möglich.

GR. Ing. HUBER (SPÖ) stellte fest, daß der Gastarif in den letzten Jahren laufend gesenkt worden sei. Lag der Tarif 1985 bei 6,02 Schilling pro Kubikmeter, konnte er im Mai 1987 um fast 30 Prozent und jetzt wiederum gesenkt werden. Der Einstandspreis mache nur rund ein Drittel des Verkaufspreises aus, und das Speichergas sei noch zum alten Preis eingekauft worden. Der Redner verwies darauf, daß in den Kalkulationen natürlich auch die großen Investitionssummen enthalten seien. Aber gerade die Investi-

Forts. von Blatt 361

Forts. auf Blatt 363

tionen seien ein Vorteil für die heimische Wirtschaft. Huber erinnerte an das Unternehmensstatut, nachdem nach wirtschaftlichen Grundsätzen gearbeitet werden müsse.

In seinem Schlußwort betonte StR. HATZL, es sei bereits die 5. Senkung innerhalb von 27 Monaten, und der Wiener Gastarif liege um 30 Prozent unter den genehmigten Preisen. Für die Neufestsetzung des Gastarifs gebe es bis Jahresende eine Garantie, er stehe aber nicht an, sagte Hatzl, daß eine weitere Korrektur nach unten bei geänderten Bedingungen möglich sei.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

Der Wiener Gemeinderat schloß seine Sitzung um 16.15 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 362